

## **Arbeitsplattform der Arbeitskreises Gerechter Frieden in Nahost**

**Am 15.01.2011 hat sich in Kassel ein bundesweiter Arbeitskreis *Gerechter Frieden in Nahost gegründet*. Er wird als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und internationale Politik (BAG FIP) wirken. Wir gehen davon aus, dass die Partei DIE LINKE in der Israel-/Palästinafrage bei Konfliktanalyse, Positionierung und Aktion teilweise widersprüchlich ist und ihren internationalistischen Verpflichtungen nicht genügend nachkommt. Der ‚Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost‘ will durch Informationsarbeit, internationalen Austausch, politische Debatte und Initiativen dazu beitragen, die Haltung der Partei eindeutiger zu fassen.**

### **Nahostkonflikt, deutsche Verantwortung und gerechte Friedenspolitik**

DIE LINKE steht an der Seite der Überlebenden der systematischen Ausrottung der europäischen Juden und ihren Nachkommen durch die Nazis, mögen sie in Israel leben oder außerhalb. Wir stehen aber auch an der Seite der Palästinenserinnen und Palästinenser, denen das Selbstbestimmungsrecht verweigert wird und die durch Israel kolonialer Besatzung unterworfen sind. Menschen- und Völkerrecht sind unteilbar und wir messen nicht mit zweierlei Maß. Die Volkserhebungen in der arabischen Welt seit der Jahreswende 2010/2011 werden die politische Landschaft nachhaltig verändern, und das macht die Klärung grundsätzlicher Fragen in unserer Nahost-Politik umso dringlicher.

Wir ergreifen in der Nahostfrage eindeutig Partei für die legitimen Interessen und den Freiheitskampf der Palästinenser. Wir unterstützen diejenigen in Israel, die sich für einen gerechten Ausgleich mit den Palästinensern einsetzen und dafür staatlicher Ausgrenzung und Verfolgung ausgesetzt sind. Bundesrepublik und EU fördern faktisch die israelische Apartheid- und Kolonialpolitik. Eine bedingungslose Solidarität mit Israel aus Gründen einer „deutschen Staatsräson“ ist daher programmatisch widersprüchlich und für DIE LINKE nicht tragbar.

Der völkerrechtlich legale und politisch legitime Widerstand der Palästinenser wird im Namen der „Sicherheit“ Israels mit allen Mitteln bekämpft und als Terror verunglimpft. Die Selbstdefinition als Staat aller Juden – und nicht als Staat aller seiner Bürger, wie es modernem Staatsrecht entspräche – sowie das zionistische Ziel der „Erlösung“ Gesamtpalästinas führen zwangsläufig zu Apartheid-ähnlichen Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen und zur Verweigerung des Rückkehrrechts der 48-Flüchtlinge nach Israel in den Grenzen von vor 1967. Diese Politik führt zu zahlreichen Opfern unter den Palästinensern, fortgesetzter Besatzung, illegaler Besiedlung, Land- und Ressourcenraub, ethnischer Säuberung, fortschreitenden Annexion von Palästinensergebiet und kriegerischen Auseinandersetzungen. Von der Kritik an diesen Verhältnissen können sich weder Israel noch die Bundesrepublik mit dem Verweis auf den Holocaust freistellen. Die entscheidende Lehre aus der Menschheitskatastrophe des Holocaust kann nur die universelle Beachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie der Kampf um menschenwürdige Lebensverhältnisse überall auf der Welt sein.

Die Spaltung Palästinas von 1948, die seit 1948 anhaltende Besatzung und Entrechtung der PalästinenserInnen, die zivilrechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligung der über 1,5 Mio. PalästinenserInnen in Israel selbst, die offene und schleichende Vertreibung

der PalästinenserInnen und die ethnische Benachteiligung im ganzen historischen Palästina, die Abriegelung und inhumane Abschottung des Gaza-Streifens usw. sind Ergebnisse einer Politik, der die anachronistische Staatsdoktrin des Zionismus zugrunde liegt. Israel hat sich immer in der Rolle des Vorpostens westlicher Interessen in der arabischen Welt gesehen. Der Staat Israel wurde in dieser Rolle von den USA und Europa massiv unterstützt. Er hat nie den Versuch unternommen, in die arabische Umwelt zu integrieren. Die kritiklose Fortsetzung der bisherigen Beziehungen zu Israel als Teil der westlichen Welt diskreditiert Deutschland in den Augen der Bevölkerung der arabischen Länder. Sie trägt zur Unterdrückung der Palästinenser bei und gefährdet den Frieden im Nahen Osten insgesamt.

Die finanzielle und materielle Unterstützung der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen für die Palästinenserinnen und Palästinenser trägt zwar dazu bei, die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen zu mildern und die Not im Westjordanland zu lindern. Aber das grundsätzliche Problem dieser Hilfe besteht darin, dass mit ihr die Besatzung und die ständigen Übergriffe indirekt flankiert werden, weil die Besatzung damit faktisch akzeptiert wird und die entscheidenden Regierungen bisher keinen ernsthaften und gerechten Lösungsprozess durchsetzen wollen. Die internationale Hilfe dient damit faktisch dem israelischen Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo, solange sie nicht Hand in Hand geht mit dem ernsthaften Willen endlich den politischen Rechten der PalästinenserInnen Geltung zu verschaffen. Die Implementierung des Oslo-Abkommens von 1993, die verschiedenen Stationen des sog. „Friedensprozesses“, der in Wahrheit ein fortgesetzter Unterdrückungsprozess ist, und die Missachtung der zahlreichen UN-Resolutionen haben immer wieder bewiesen: Die israelische Seite will keinen gerechten Frieden und kein Selbstbestimmungsrecht für die PalästinenserInnen.

Der Kampf um Menschenrechte und demokratische Freiheiten, nationale Würde und eigene Entwicklung in Arabien ermutigt auch den palästinensischen Widerstand. Die Volkserhebungen in der arabischen Welt sind allerdings noch lange nicht zu Ende, ihr Ausgang offen. Fest steht aber schon heute: die israelische Politik und ihre Unterstützung durch die „westlichen“ Mächte wird immer unhaltbarer. Der Angriff von NATO-Mächten auf Libyen droht eine neue Gewaltspirale in Gang zu setzen und gefährdet den politischen Aufbruch in der arabischen Welt.

In welcher Form sich eine künftige gerechte und völkerrechtlich abgesicherte Lösung in Nahost ergeben wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Wir sprechen den Mächtigen dieser Welt, ihren Regierungen und Institutionen das Recht ab, den beiden Bevölkerungen in Palästina und Israel Modelle aufzuzwingen. Nur die Anerkennung des Gleichheitsprinzips, schafft die Grundlage für eine gerechte Verhandlungslösung.

Wir treten dafür ein, die unterdrückerische, ausgrenzende und wiederholt kriegerische israelische Politik zu überwinden. Das ist die zentrale Voraussetzung für eine Lösung, die das berechnete Interesse von Israelis *und* Palästinensern sowie aller Menschen in der Region ernst nimmt, in Frieden und Sicherheit leben zu können. Zusammen mit großen Teilen der israelischen und palästinensischen Linken und der internationalen Friedensbewegung – einschließlich zahlreicher jüdischer Friedensaktivistinnen und -aktivisten in aller Welt – setzen wir uns für eine politische Lösung ein, die demokratisch und gerecht ist, die dauerhaft Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser sowie die gesamte Region bringt.

**In diesem Sinne ermutigt, unterstützt und beteiligt sich der Arbeitskreis an Initiativen, die dazu beitragen, Israelis und PalästinenserInnen diesem Ziel näher zu bringen.**